

In einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ äußerte unlängst Heiner Geißler, „ dass in Deutschland die Zeit der Basta Entscheidungen vorbei ist.“

Ich würde mir wünschen, dass diejenigen, die in Berlin, Düsseldorf oder in der Krefelder Außenstelle von „Strassen NRW“ mit der Planung des Ausbaus der A 57 beschäftigt sind, diese Botschaft gehört haben.

Zumindest in den vergangenen Monaten sah es nicht danach aus. So schrieb etwa die „Rheinische Post“ am 6.08.2010: „Das Bundesverkehrsministerium habe den Ausbau in Höhenlage mit Lärmschutz und Flüsterasphalt genehmigt“ ---

„Wenn die Stadt die nötigen Grundstücke nicht freigibt, kommt es zur Enteignung“, sagt Kaufmann. Was die Krefelder Politik entschieden hat, sei nicht entscheidend.“.

Wenn das mal keine BASTA Mentalität ist.

Doch vielleicht hat ja „Stuttgart 21“ auch die Planer beim Landesbetrieb Straßenbau nachdenklich gestimmt.

Zumindest ist längst nicht alles, was da geschrieben wurde, so uneingeschränkt zutreffend, wie es beim ersten Lesen scheint.

Aufgeschreckt durch diese und andere Pressemeldungen in den Krefelder Lokalzeitungen im August habe ich unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz beim Bundesverkehrsministerium nachgefragt, was denn an solchen Pressemeldungen dran sei und durchaus interessante Antworten erhalten, z.B.:

- zum Thema Enteignung:

„Wie bereits zu Frage 2) dargestellt, ist die Straßenbauverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen auch für die Fragen des Grunderwerbs und die ggf. erforderlichen Enteignungsverfahren zuständig. Konkrete Entscheidungen hierzu werden erst im Ergebnis der Abwägung im Planfeststellungsverfahren getroffen.“

- zum Stand der Planung:

„Die Planungen zum Ausbau der A 57 im Bereich von Krefeld befinden sich derzeit noch in einer frühen Phase“ ---„Eine Aussage darüber, wann mit der anschließenden Einleitung des Planfeststellungsverfahrens zu rechnen ist, ist deshalb derzeit nicht möglich.“ ---- „ Ein Beschluss des BMVBS zu der weiter zu verfolgenden Ausbauvariante **liegt derzeit nicht vor.**“

- zum PPP – Finanzierungsmodell, welches der Rat der Stadt Krefeld vorgeschlagen hat:

„ ---„Das von Ihnen angeführte, von der Stadt Krefeld beauftragte Gutachten zur Finanzierung des sechsstreifigen Ausbaus der A 57 im Raum Krefeld über ein Projekt Öffentlich – privater - Partnerschaften (ÖPP) ist dem BMVBS bisher nicht bekannt.“

Also noch längst KEINE Entscheidung, wie diejenigen, die - damit der Schwerlastverkehr ungehindert rollen kann - schnell und „ungesund“ am liebsten morgen mit dem Ausbau fertig wären, uns vorgaukeln wollen, sondern nach wie vor Zeit für politische Lösungen, die diesen Namen verdienen, damit uns allen sowohl langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen ebenso erspart bleiben wie Demonstrationen und andere demokratische Aktionen.

Es wäre im Übrigen nicht das erste Mal, dass sich Krefelder Bürger, weil sie sich über den Tisch gezogen fühlten, die Autobahn besetzt haben.

So berichtete die WZ auf der Titelseite des Lokalteils vom **19. Oktober**

1972: “ Bürger protestieren gegen neue Autobahn “

„Auf dem neuen linksrheinischen Autobahnkreuz Krefeld – Nord versperrten verärgerte Bürger der Krefelder Trabantenstädte Gartenstadt und Elfrath, die teilweise nur wenige Meter von der inmitten eines Wohngebietes erbauten Kreuzung der Krefelder Nordtangente mit der linksrheinischen Autobahn leben, den mit Polizeibegleitung ankommenden ersten Wagen den Weg. Mit dieser Demonstration, deren Berechtigung vom Vorsitzenden des Strassenbauausschusses des Landschaftsverbandes Rheinland, Kenn, an Ort und Stelle spontan anerkannt wurde, protestierten die Anwohner gegen auf sie zukommende Lärm- und Schmutzbelästigungen. Dabei erhoben sie schwere Vorwürfe gegen die Planer von Stadt, Land und Bund, die beschuldigt wurden, „die Bestimmungen der Gesetze“ nicht eingehalten zu haben.“ (gefunden in: Unsere Gartenstadt, herausgegeben vom Bürgerverein Gartenstadt).

Hoffen wir also, dass wir nicht in einigen Jahren das selbe Trauerspiel wie unsere Eltern erleben, sondern das Heiner Geißler Recht behält - dass in Deutschland die Zeit der Basta Entscheidungen vorbei ist.“